

**STATISTISCHES BUNDESAMT**

**BERICHT**

über die

36. Tagung des Statistischen Beirats

**6. Juni 1989 – Wiesbaden**



Bericht

Beachten:

über die 36. Tagung des Statistischen Beirats

am 6. Juni 1989

Beschriftung nach allen Seiten (zu den Begrenzungslinien voll ausnutzen (evtl. auflockern und strecken))!

Nicht über die Begrenzungslinien hinaus schreiben  
(bei Platzmangel auf DIN A 3 ausweichen)!

Vorsitz

Hölder                                      Statistisches Bundesamt                                      Wiesbaden

Überschriften und Fußnoten

Vertreter der Bundesministerien und Bundesbehörden

Schluckebier                                      Bundeskanzleramt                                      Bonn

Dr. Groß  
Pohl                                      Bundesministerium  
des Innern                                      Bonn

Judick                                      Bundesministerium  
der Justiz                                      Bonn

Lietmeyer                                      Bundesministerium  
der Finanzen                                      Bonn

Dr. Kolfenbach                                      Bundesministerium  
für Wirtschaft                                      Bonn

Dr. Brandkamp                                      Bundesministerium  
für Ernährung, Land-  
wirtschaft und Forsten                                      Bonn

Kremp                                      Bundesministerium  
für Arbeit und  
Sozialordnung                                      Bonn

Stahl                                      Bundesministerium  
der Verteidigung                                      Bonn

Frau Krämer                                      Bundesministerium  
für Jugend, Familie,  
Frauen und Gesundheit                                      Bonn

Törkel                                      Bundesministerium  
für Verkehr                                      Bonn



Jaekel	Posttechnisches Zentralamt	Darmstadt
Menge	Bundesministerium für Raumordnung und Städtebau	Bonn
Frau Dr. Rost	Bundesministerium für Forschung und Technologie	Bonn
Dr. Obermüller	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	Bonn
Wegscheider	Deutsche Bundesbahn	Frankfurt/Main
Dr. Hanau	Deutsche Bundesbank	Frankfurt/Main
<u>Vertreter der Statistischen Landesämter</u>		
Dr. Mohr	Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Dr. Hruschka	Statistisches Landesamt Hamburg	Hamburg
Dr. Koop	Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik -	Hannover
Hannemann	Statistisches Landesamt Bremen	Bremen
Steppuhn	Hessisches Statistisches Landesamt	Wiesbaden
Benker	Landesamt für Datenver- arbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Dr. Weis	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Prof. Dr. Wingen	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart



Dr. Schiedermaier	Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung	München
Mailänder	Statistisches Amt des Saarlandes	Saarbrücken
Prof. Appel	Statistisches Landesamt Berlin	Berlin
<u>Vertreter der Verbände und Organisationen</u>		
Trutzel	Deutscher Städtetag	Köln
Dr. Recker	Deutscher Landkreistag	Bonn
Schumacher	Deutscher Städte- und Gemeindebund	Düsseldorf
Dr. Freitag	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Dr. Vogt	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Bonn
Mäcking	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V.	Bonn
Frau Rave	Gesamtverband der Ver- sicherungswirtschaft e.V.	Köln
Frau Dr. Edelmann	Arbeitsgemeinschaft Energie	Frankfurt/Main
Husmann	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber- verbände	Köln
Scholz	Bundesverband der freien Berufe	Bonn
Görlich	Wirtschafts- und Sozial- wissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerk- schaftsbundes GmbH (WSI)	Düsseldorf
Frau Schrader	Deutsche Angestellten- Gewerkschaft	Hamburg



Dr. Fratzscher	Verband der Landwirtschaftskammern	Bonn
Dr. Pascher	Deutscher Bauernverband e.V.	Bonn
Prof. Dr. Stäglin	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)	Berlin
Dr. Fahse	Universität Kaiserslautern	Kaiserslautern
Dr. Tegelbekkers	Wissenschaftsrat	Köln

Weitere Teilnehmer vom Statistischen Bundesamt

Dr. Nowak, Dr. Kühn, Lützel, Dr. Dorow, Schwenk, Gerhardt,  
Frau Jäger, Gruppenleiter und Referenten

Beschriftung

Nur gutes schwarzes Farbband!

Saubere Schrifttypen!

Kraftiger und gleichmäßiger Anschlag!

Sauber korrigieren!

Nicht falten!



1	<u>Generalthema:</u> "Die Bundesstatistik auf dem Weg in ein Europa des gemeinsamen Binnenmarktes ab 1993"	
1.1	Das europäische System der statistischen Information nach 1992 .....	2
1.2	Folgerungen für die Bundesstatistik .....	3
2	Ausgewählte Fachfragen der amtlichen Statistik	
2.1	Neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der Dienstleistungsstatistik .....	5
2.2	Erste Überlegungen zu einer künftigen Arbeitsstättenzählung .....	6
2.3	Das neue Agrarstatistikgesetz .....	6
2.4	Stand der Arbeiten an einem Gesamtsystem der Tourismusstatistiken .....	7
2.5	Vorbereitung der neuen Krankenhausstatistik .....	7
2.6	Novellierung des Bevölkerungsstatistikgesetzes .....	8
2.7	Künftige Gestaltung des Mikrozensus .....	9
2.8	Vorbereitung einer neuen Wohnungsstichprobe .....	10
3	Verschiedenes	
3.1	Der Forschungs- und Entwicklungsplan des Statistischen Bundesamtes 1989 - 1993 .....	10
3.2	Stand der Rechtsgrundlagen .....	11
3.3	Beirats- und Fachausschußarbeit .....	11
3.4	Geschäftsordnungsfragen .....	11
	Umstellung von Gütersystematiken .....	11



## Bericht

### Satzspiegelvordruck DIN A 4

Herr Hölder eröffnet die 36. Tagung des Statistischen Beirats und heißt die Teilnehmer herzlich willkommen. Der Statistische Beirat gedenkt zunächst der Verstorbenen:

- Am 27. Juli 1988 verstarb Dr. Dr. h. c. Gerhard Fürst, der erste Präsident des Statistischen Bundesamtes.
- Am 30. Dezember 1988 verstarb Professor Dr. Walter Herrmann, der den Bundesverband der Deutschen Industrie von 1953 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1975 als ständiges Gastmitglied im Statistischen Beirat vertreten hat.
- Am 15. Mai 1989 verstarb Dr. Walter Nellessen, Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz von 1956 bis 1979.

Anschließend berichtet Herr Hölder über die personellen Veränderungen im Statistischen Beirat. Herr Regierungsdirektor Lietmeyer wurde vom Bundesministerium der Finanzen als Nachfolger für den Ende Mai 1989 in den Ruhestand getretenen Herrn Ministerialrat Dr. Friebe benannt. Die Deutsche Bundesbahn wird anstelle von Herrn Ltd. Bundesbahndirektor Neureiter von Herrn Ministerialrat Wegscheider vertreten. Herr Beigeordneter Schumacher wurde für den Deutschen Städte- und Gemeindebund als Nachfolger für Herrn Beigeordneten Cronauge in den Statistischen Beirat berufen.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. wird anstelle von Herrn Dr. Simon, der im April 1989 in den Ruhestand getreten ist, künftig von Herrn Dr. Brühl von der Hoechst AG vertreten. Den Bundesverband der Freien Berufe vertritt anstelle von Herrn Dr. Grabner jetzt Herr Dipl.-Ing. Scholz, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberater e.V. Für Herrn Prof. Dr. Krupp, einen der beiden Vertreter der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute im Statistischen Beirat, ist Herr Prof. Dr. Stäglin vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in den Beirat berufen worden. Nachfolger von Herrn Dr. Afflerbach von der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates ist Herr Dr. Tegelbekkers.

Nicht falten!



# 1 Die Bundesstatistik auf dem Weg in ein Europa des gemeinsamen Binnenmarktes ab 1993

## 1.1 Das europäische System der statistischen Information nach 1992

Die schrittweise Verwirklichung der Einheitlichen Europäischen Akte bedeutet ein immer engeres Zusammenwachsen der europäischen Volkswirtschaften. Davon ist die amtliche Statistik als einer der wichtigsten Informationslieferanten für Staat und Gesellschaft direkt betroffen<sup>1)</sup>. Die Errichtung des gemeinsamen Binnenmarktes stellt zum einen neue fachliche Anforderungen an das Programm der amtlichen Statistik, zum anderen stellen sich organisatorische Fragen zur künftigen Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen den Statistischen Ämtern. Ferner müssen Rahmenbedingungen der EG-Statistik im Hinblick auf ihre Stellung gegenüber Auftraggebern, Nutzern und Auskunftspflichtigen geklärt werden.

Das Statistische Bundesamt hat dem Statistischen Beirat zu dem Generalthema seiner diesjährigen Tagung eine Unterlage übersandt, die in die wichtigsten Anforderungen an die Statistik im gesamteuropäischen Rahmen und die Folgerungen für das Arbeitsprogramm und die künftigen Aufgaben der Bundesstatistik einführt<sup>2)</sup>. Dabei wird insbesondere auf die Harmonisierung und Vergleichbarmachung der Definitionen, Methoden und Verfahren für die innergemeinschaftliche amtliche Statistik hingewiesen, die bereits erkennbare Entwicklung von Arbeitsschnitten und Organisationsstrukturen skizziert sowie über die Entwicklung und Implementierung neuer Statistiken, die sich aus den Anforderungen an die Gemeinschaft ergeben, berichtet.

Die europäische Integration läßt erwarten, daß der statistische Informationsbedarf insgesamt zunehmen wird. Auftraggeber und Nutzer der Gemeinschaftsstatistik werden Ergebnisse verlangen, die zum

---

1) Das Statistische Bundesamt wird dazu auch in "Wirtschaft und Statistik" Heft 7/1989 berichten.

2) Den Beiratsmitgliedern sind ferner die Referate von Herrn Hölder ("Die Rollenverteilung im europäischen statistischen System: Die politische Integration der Statistik") und von Herrn Prof. Dr. Wingen ("Die statistischen Instrumente und der neue Informationsbedarf im Sozialbereich") anläßlich des SAEG-Seminars "Das europäische System der statistischen Information nach 1992" vom 6. bis 8. April 1989 in Brüssel zugegangen.



einen die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungen der Gemeinschaft als Ganzes aktuell widerspiegeln und zum anderen sektorale und regionale Strukturuntersuchungen innerhalb der Gemeinschaft auf möglichst detaillierter Gliederungsebene erlauben.

Die zukünftige Rollenverteilung zwischen den Gemeinschaften und den Mitgliedstaaten zeichnet sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt erst in Ansätzen ab. Im Hinblick auf die Aufgabenverteilung bei der Durchführung des gegenwärtig zur Diskussion stehenden Programms für den Zeitraum 1989 bis 1992 und auch der künftigen Programme sieht sich das Statistische Amt der EG (EUROSTAT) in der Rolle des Initiators und Koordinators. Längerfristig könnte sich eine definitive Führungsrolle entwickeln.

Inhaltlich wird die Entwicklung eines europäischen statistischen Systems für die nächsten Jahre durch die Schwerpunktaufgaben des statistischen Programms der EG für 1989 bis 1992 geprägt. Die Harmonisierung und Koordinierung bereits bestehender Statistiken sowie die Auswertung bereits vorliegender Ergebnisse werden einen großen Teil des Gesamtprogramms ausmachen. Von größter Wichtigkeit sind in diesem Zusammenhang die Vorarbeiten zur verbindlichen Einführung europäischer statistischer Normen. Das europäische statistische Programm sieht daneben als weiteren Schwerpunkt für mehrere Statistikbereiche, wie z.B. die Umweltstatistiken und die Industriestatistiken, umfassende Bestandsaufnahmen der vorhandenen Datenquellen und die Entwicklung harmonisierter Konzepte vor. Besondere Bedeutung kommt auch der Weiterentwicklung der regionalen Dimensionen in der Ergebnisdarstellung zu.

## 1.2 Folgerungen für die Bundesstatistik

In der Diskussion wird die Notwendigkeit unterstrichen, sich frühzeitig über die Folgerungen für die Bundesstatistik, die sich durch die Errichtung des gemeinsamen Binnenmarktes ergeben, Gedanken zu machen, um so Impulse für die Entwicklungen auf EG-Ebene geben und an der Gestaltung des europäischen Systems mitwirken zu können. Dabei betont der Statistische Beirat die Grundprinzipien der amtlichen Statistik im Sinne der Objektivität und Neutralität, der Kompetenz in fachlich-methodischen Fragen sowie der Wahrung des Statistikgeheimnisses. Ergänzend wird aus dem Kreis der Statistischen Ämter der



Länder die besondere Bedeutung des § 1 Bundesstatistikgesetz sowohl für die Arbeit der amtlichen Statistik auf nationaler als auch auf EG-Ebene hervorgehoben.

Verschiedene Teilnehmer weisen darauf hin, daß die Bundesstatistik zwar in immer stärkerem Maße mit statistischen Anforderungen für supranationale Zwecke befaßt sein werde; gleichzeitig sei aber auch sicherzustellen, daß ihr Informationsauftrag im Hinblick auf bundesstatistische Ergebnisse nicht beeinträchtigt werde. Soweit sich daraus zusätzliche Anforderungen und neue Belastungen für die statistischen Ämter ergeben, sei damit zu rechnen, daß dies zu Mehrbedarf an Arbeitskapazitäten und damit gleichzeitig zu haushaltsmäßigen Konsequenzen führen müsse. Ebenso werde es erforderlich sein, in den zuständigen Gremien zu allen rechtlich bedeutsamen Fragen gemeinsame Regelungen zu finden, die zweckmäßigerweise die Form einer EG-Rechtsgrundlage erhalten sollten. Im Hinblick auf die zum Teil sehr unterschiedlichen Aufgabenfelder, Organisationsstrukturen, Arbeitskapazitäten und Haushaltsregelungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten hält der Statistische Beirat schließlich die verstärkte Schulung und die Verbesserung von Möglichkeiten für den Austausch von Mitarbeitern auf nationaler und EG-Ebene für bedeutsam.

Zu den künftigen inhaltlichen Aufgaben der EG-Statistik unterstreicht der Statistische Beirat insbesondere die Bedeutung der Entwicklung einheitlicher Nomenklaturen sowie einheitlicher Erhebungskonzepte und -verfahren. In diesem Sinne werden Formen und Inhalte des amtlichen statistischen Datenangebots in Zukunft stärker als bisher mit der supranationalen Ebene koordiniert werden müssen. Ferner geht der Statistische Beirat davon aus, daß Projekte und Aktivitäten im Bereich des sozioökonomischen Zusammenhalts der EG in Zukunft eine besondere Stellung einnehmen werden, wie z.B. die Weiterentwicklung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) und die regionalisierte Beobachtung der Entwicklung in wichtigen Wirtschaftssektoren, der Beschäftigungssituation und sozialen Lage bestimmter Bevölkerungsgruppen.

Bei dieser Gelegenheit erinnert der Statistische Beirat daran, daß die Vorbereitung eines gemeinsamen Binnenmarktes ab 1993 noch nicht dazu führt, daß in allen Mitgliedstaaten gleichzeitig eine einheitliche Wirtschafts- und Währungspolitik gelten wird. In dieser



Situation seien statistische Informationen über die Warenströme innerhalb der Europäischen Gemeinschaften unverzichtbare Voraussetzung z.B. für eine zuverlässige Ermittlung der Zahlungsbilanz und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ohne sie würden auch wichtige Analyseinstrumente für die Wirtschaftspolitik fehlen. Als einer der Grundlagen der Eigenmittelfestsetzung der EG komme der Berechnung des Bruttosozialprodukts im Rahmen der VGR darüber hinaus auch eine besondere finanzpolitische Bedeutung zu. Der Statistische Beirat unterstreicht deshalb die Notwendigkeit, die Statistik über den innergemeinschaftlichen Handel rechtzeitig vorzubereiten und die Verfahrensorganisation gründlich zu testen. Dem Statistischen Bundesamt sollten die dafür erforderlichen Kapazitäten bereitgestellt werden.

## 2 Ausgewählte Fachfragen der amtlichen Statistik

### 2.1 Neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der Dienstleistungsstatistik

Das Statistische Bundesamt hat dem Statistischen Beirat eine Unterlage vorgelegt, die über neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der Dienstleistungsstatistik berichtet. Neben den Arbeiten im Rahmen der Systematiken konzentrieren sich die laufenden Arbeiten vor allem auf die Verbesserung bestehender Statistiken. Dazu gehört die Ausweitung des Berichtskreises der vierjährlichen freiwilligen Kostenstrukturerhebung und die Verkürzung der Periodizität der Umsatzsteuerstatistik. Darüber hinaus gibt es verschiedene Ansätze zur Verbesserung der statistischen Nachweise über ausgewählte Dienstleistungen, wie z.B. über das Leasing in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Wichtige Vorhaben sind ferner die Teststichprobe nach § 7 BStatG zur Erfassung moderner Dienstleistungen bei Dienstleistungsunternehmen und die Testerhebung nach § 6 BStatG zur Erfassung insbesondere des Angebotes ausgewählter Dienstleistungen durch Unternehmen des Produzierenden Gewerbes. Diese Weiterentwicklungen sollen im Rahmen der Möglichkeiten vorangetrieben und in Vorschläge für den Gesetzgeber umgesetzt werden.

Der Statistische Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Nicht falten!



## 2.2 Erste Überlegungen zu einer künftigen Arbeitsstättenzählung

Das Statistische Bundesamt hat dem Statistischen Beirat über erste Überlegungen zur Durchführung der nächsten Arbeitsstättenzählung berichtet. Es geht dabei davon aus, daß eine künftige Arbeitsstättenzählung nicht unbedingt gleichzeitig mit einer Volks- und Wohnungszählung als zählergestützte Erhebung durchgeführt werden muß. Als alternative Erhebungsverfahren hat es Vor- und Nachteile einer Registerauswertung und einer postalischen Befragung auf der Basis eines Adressenregisters aufgezeigt. Das Statistische Bundesamt informiert ergänzend hierzu über Gespräche mit dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, das eine postalische Befragung nach Schweizer Muster auch in der Bundesrepublik Deutschland für durchführbar hält. Vom Bundesministerium für Wirtschaft als federführendem Ressort wird insbesondere die Notwendigkeit betont, Möglichkeiten und Grenzen des Aufbaus einer umfassenden Unternehmensdatei mit in die Überlegungen einzubeziehen. Vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung wird angeregt, die Arbeitsstättenzählung künftig zusammen mit der Landwirtschaftszählung durchzuführen. Abschließend bittet das Statistische Bundesamt den Statistischen Beirat, es bei der Feststellung des Bedarfs an statistischen Basisinformationen aus der AZ, bei der Festlegung des Zeitpunkts einer neuen Zählung sowie der Methode zu ihrer Durchführung zu unterstützen. Der Beirat sagt dies zu.

## 2.3 Das neue Agrarstatistikgesetz

Das Statistische Bundesamt hat die Mitglieder des Statistischen Beirats in einer Unterlage über die wichtigsten Regelungen im neuen Agrarstatistikgesetz, das am 1. Juni 1989 in Kraft getreten ist, informiert. Das neue Gesetz, das die bisherigen einzelstatistischen Rechtsvorschriften, nämlich das Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung, das Viehzählungsgesetz, das Gesetz über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft und das Agrarberichterstattungsgesetz zusammenfaßt, enthält auch die Rechtsgrundlage für die Landwirtschaftszählung 1991. Ferner wurden mit dem Gesetz die rechtlichen Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz 1983 und dem Bundesstatistikgesetz vom 22. Januar 1987 gezogen. Es ist beabsichtigt, in das Agrarstatistikgesetz zu einem späteren Zeitpunkt weitere agrarstatistische Rechtsgrundlagen zu integrieren.



Der Statistische Beirat nimmt den Bericht des Statistischen Bundesamtes zur Kenntnis. Satzspiegelvordruck DIN A 4

Beachten:

#### 2.4 Stand der Arbeiten an einem Gesamtsystem der Tourismusstatistiken

Das Statistische Bundesamt hat den Mitgliedern des Statistischen Beirats eine Unterlage vorgelegt, die über den Stand der Arbeiten am Ausbau der Tourismusstatistiken seit der Beiratstagung 1988 informiert. Als wichtigste Inhalte der Beschlußfassung im Plenum des beim Statistischen Bundesamt gebildeten Arbeitskreises "Tourismusstatistiken" im März 1989 wurden genannt, die für den Tourismus international verbindlichen Definitionen und Begriffsbestimmungen einheitlich zugrunde zu legen, den Tourismus entsprechend seiner wirtschaftlichen Bedeutung innerhalb der modernen Gesellschaft im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gesondert darzustellen sowie für Zwecke der laufenden Konjunkturbeobachtungen und für Strukturvergleiche im Bereich des Tourismus Basisstatistiken zu schaffen bzw. bestehende Statistiken zweckdienlich auszubauen. In diesem Sinne wird u.a. eine Haushaltsbefragung zur Erfassung des gesamten übernachtenden Reiseverkehrs angestrebt; ferner soll das gesamte inländische Kapazitätsangebot und dessen Ausnutzung durch den übernachtenden Reiseverkehr bei den gewerblichen Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren erfaßt werden und für den Bereich Reiseveranstaltung und -vermittlung soll eine Auswertung der Daten aus der Arbeitsstättenzählung 1987 und eine Erhebung nach § 7 BStatG erfolgen. Zur Erfassung der touristischen Aktivitäten der Busunternehmer ist ebenfalls eine Erhebung nach § 7 BStatG geplant. Ergänzend hierzu berichtet das Statistische Bundesamt, daß der Länderausschuß "Fremdenverkehr" die Konzeption eines bedarfsgerechten Gesamtsystems von Fremdenverkehrsstatistiken befürwortet hat. Der Beirat für Fragen des Tourismus beim Bundesminister für Wirtschaft wird sich voraussichtlich im September 1989 mit den Vorschlägen befassen.

Der Statistische Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### 2.5 Vorbereitung der neuen Krankenhausstatistik

Die Mitglieder des Statistischen Beirats sind in einer Unterlage über das Vorhaben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung



unterrichtet worden, die Krankenhausstatistik grundlegend neu zu regeln und auf eine bundeseinheitliche Rechtsgrundlage zu stellen. Das vorgesehene Erhebungsprogramm besteht aus den Teilen I: Grunddaten, II: Diagnosen und III: Kostennachweis. Während Angaben zu Teil I teilweise schon bisher erfaßt werden, sind die Diagnosen- und Kostenstatistik neu. Das Statistische Bundesamt berichtet, daß sich die Beratungen im Bundesrat wegen der Frage der Einzeldatenlieferungen für Verwaltungszwecke und wegen der Art der Erfassung der Diagnosen verzögert haben. Trotzdem hofft das BMA, daß es zu einem Konsens kommt, zumal die Einzeldaten getrennt, d.h. losgelöst von der Statistik, bereitgestellt werden können. Es zeichnet sich ab, daß ein Teil der Grunddaten und der Kostennachweis bereits ab 1990, die übrigen Angaben zu Teil I ab 1991 erhoben werden; die Diagnosestatistik wird dagegen erst 1993 durchgeführt.

Im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt informiert das Statistische Bundesamt über den anläßlich der Konferenz im Oktober 1988 geäußerten Wunsch der Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, dem Statistischen Beirat die Einrichtung eines gesonderten Fachausschusses "Statistik des Gesundheitswesens" vorzuschlagen, der grundlegend alle Arbeiten zum Ausbau und zur Weiterentwicklung der Gesundheitsstatistiken fachlich unterstützen soll.

Der Statistische Beirat nimmt den Bericht über die Vorbereitung der Krankenhausstatistik zur Kenntnis und stimmt der Einrichtung eines Fachausschusses "Statistik des Gesundheitswesens" zu.

## 2.6 Novellierung des Bevölkerungsstatistikgesetzes

Die Unterlage, die den Beiratsmitgliedern zugegangen ist, faßt die Ziele der Neufassung des aus dem Jahr 1957 stammenden Gesetzes und die sich daraus ergebenden wesentlichen Änderungen gegenüber dem geltenden Gesetz kurz zusammen:

- Berücksichtigung der Entwicklung auf den Gebieten des Melderechts, des Familienrechts und des Personenstandsrechts;
- Konkretisierung der Erhebungsmerkmale und Weiterentwicklung des bevölkerungsstatistischen Instrumentariums;
- Anpassungen im Hinblick auf die Anforderungen aus dem VZ-Urteil.



Der Gesetzentwurf (Stand: 14. März 1989) wurde inzwischen im Rahmen der Abstimmung auf Ressortebene erörtert; diese Abstimmung ist noch nicht abgeschlossen.

Der Statistische Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## 2.7 Künftige Gestaltung des Mikrozensus

Der Statistische Beirat ist in einer Unterlage über die vorgesehene Neukonzeption des Mikrozensus, die vom Wissenschaftlichen Beirat für Mikrozensus und Volkszählung empfohlen wurde, unterrichtet worden. Ziel dieser Konzeption ist die inhaltliche und methodische Weiterentwicklung des Mikrozensus zu einem modernen Instrument der Datengewinnung, das flexibel gehandhabt werden kann, um so den Anforderungen - auf nationaler und EG-Ebene - ständig gewachsen zu bleiben. Einleitend erläutert das Statistische Bundesamt die teilweise erheblichen Veränderungen, die sich danach gegenüber dem laufenden Mikrozensus ergeben. Erhebungsverfahren und -organisation werden weiterentwickelt und flexibilisiert. U.a. wird die Verwendung neuer Erhebungsmedien (z.B. hand-held-Computer, computergestützte Telefoninterviews) angestrebt. Die Erhebung wird auf die vier Quartale verteilt; aus der Sicht des Wissenschaftlichen Beirats wird dadurch eine kontinuierliche Bearbeitung auf der Erhebungs- und Aufbereitungsebene, der Einsatz eines wesentlich verkleinerten und intensiver geschulten Interviewerstabes sowie eine höhere inhaltliche Flexibilität und Aussagekraft (z.B. zu den Saisoneinflüssen) ermöglicht. Ab 1990 wird ferner ein neuer Auswahlplan verwendet, der - auch unter Berücksichtigung des neuen Erhebungs- und Darstellungskonzeptes (Vierteljahresergebnisse und Jahresdurchschnitte) - eine verbesserte Regionalisierbarkeit sicherstellt. Ergänzend hierzu informiert das Statistische Bundesamt, daß zur optimalen Vorbereitung des neuen Mikrozensus beabsichtigt ist, das derzeit geltende Mikrozensusgesetz 1985 um ein Jahr bis 1991 zu verlängern und die Neukonzeption, die in demselben Gesetzesvorhaben eingebracht wird, in dieser Zeit ablauforganisatorisch zu testen. Ab 1992 soll dann der Mikrozensus nach dem neuen Konzept durchgeführt werden.

Der Statistische Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis. In der Diskussion wird aus dem Kreis der Statistischen Ämter der Länder insbesondere darauf hingewiesen, daß die vorgesehenen Änderungen hin-



sichtlich Erhebungsverfahren und -organisation zusätzliche Kosten für die Länder bedeuten werden, die zu einer Erhöhung der jährlichen Kosten um 30 bis 40 % führen dürften. Die Länder legen daher besonderen Wert darauf, daß durch das neue Konzept die Regionalisierung der Ergebnisse des Mikrozensus nicht beeinträchtigt werden dürfe. Im übrigen äußern sie Bedenken gegen die Ausweitung der freiwilligen Auskunftserteilung beim Mikrozensus. Diesen Bedenken schließt sich das Bundesministerium für Wirtschaft zu dem Vorhaben, den Bereich Freizeit/Tourismus mit freiwilliger Auskunftserteilung zu erheben, an. Im Hinblick auf den sehr knappen zeitlichen Rahmen, der zur Vorbereitung eines neuen Mikrozensusgesetzes ab 1991 zur Verfügung steht - die Kabinettvorlage müßte spätestens im Oktober 1989 erfolgen -, sieht das Bundesministerium des Innern nur dann eine Chance zur Realisierung, wenn der Grundkonsens sehr schnell herbeigeführt werden kann. Andernfalls sei nur die Einbringung eines Verlängerungsgesetzes möglich.

## 2.8 Vorbereitung einer neuen Wohnungsstichprobe

Ergänzend zu der den Mitgliedern des Statistischen Beirats übersandten Unterlage über den Stand der Vorbereitung einer neuen Wohnungsstichprobe informiert das Statistische Bundesamt über die inzwischen erfolgte Ressortabstimmung des Gesetzentwurfs im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Der Gesetzentwurf soll noch vor der Sommerpause im Kabinett verabschiedet und dem Bundesrat im ersten Durchgang zugeleitet werden. Sofern die parlamentarischen Beratungen zügig vorangehen, kann der Termin Herbst 1990 für die Durchführung der Stichprobe gehalten werden. Der Statistische Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## 3 Verschiedenes

### 3.1 Der Forschungs- und Entwicklungsplan des Statistischen Bundesamtes 1989 - 1993

Das Statistische Bundesamt hat die Mitglieder des Statistischen Beirats wunschgemäß in einer Unterlage über die Fortschreibung des Forschungs- und Entwicklungsplans für den Zeitraum 1989 - 1993 unterrichtet. Der Statistische Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.



### 3.2 Stand der Rechtsgrundlagen

Die vom Statistischen Bundesamt vorgelegte Unterlage zum Stand der Rechtsgrundlagen nimmt der Statistische Beirat zur Kenntnis.

### 3.3 Beirats- und Fachausschußarbeit

Der Statistische Beirat nimmt die Berichterstattung über die Beirats- und Fachausschußarbeit im abgelaufenen Jahr sowie die Übersichten über die im zweiten Halbjahr 1989 vorgesehenen Tagungen von Beiratsgremien zur Kenntnis.

### 3.4 Geschäftsordnungsfragen

Aus dem Kreis der Beiratsmitglieder wird beantragt, den Punkt "Geschäftsordnungsfragen" erst wieder auf die Tagesordnung zu nehmen, wenn ein dringender Bedarf hierfür gesehen wird. Der Statistische Beirat stimmt dem Antrag zu.

#### Umstellung von Gütersystematiken

Als Ergänzung zur Tagesordnung trägt Herr Dr. Freitag die Stellungnahme der im Statistischen Ausschuß des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) vertretenen Wirtschaftsverbände zur Verschiebung der Umstellung von Gütersystematiken von 1989 auf 1990 vor. Die Wirtschaftsverbände bedauern diese Terminverschiebung, vor allem weil dadurch Unternehmen und Verbände nicht zu vertretende Kosten entstanden sind. Der Statistische Ausschuß bittet den Statistischen Beirat, mitzuhelfen und dafür Sorge zu tragen, daß bei zukünftigen statistischen Umstellungen oder Neuerungen aufgrund gesetzlicher oder methodischer Notwendigkeiten die vorgegebenen Vereinbarungen verlässlich eingehalten werden. Der Statistische Beirat sagt dies zu.

Mit dem Dank an die Beiratsmitglieder für ihre Teilnahme, die rege Beteiligung an der Diskussion und die vielfältigen Anregungen schließt Herr Hölder die 36. Tagung des Statistischen Beirats.

Berichterstatte

Vorsitzender

Theile

Theile

Hölder

Hölder

Nicht falten!